Antrag zu Umstellung der LK Verwaltung auf Open-Source Software zur erheblichen Kostenreduzierung und Vermeidung von rechtlichen Risiken aus einschlägigen Datenschutz Vorschriften

Höchstadt, 31.5.2026

Sehr geehrter Herr Landrat Tritthart,

Aufgabenstellunng:

Mit unserem folgenden Antrag wollen wir aktuelle und künftige steigende finanzielle Lasten für den Landkreis vermeiden. Im Kern beantragen wir, dass der Landkreis heutige teure und kommerzielle Software auf PCs schrittweise und am Ende vollständig durch open-source Software ersetzt.

wir beantragen als Beschlussvorlage:

Die Verwaltung des LK wird beauftragt, Basisinformationen für den Kreistag vorzubereiten für eine neue Beschlußvorlage:

1. Wieviel kosten derzeit Betriebssystem- und Softwarelizenzen für PCs pro Jahr im Bereich der Verwaltung des Landkreises?

2. Wieviel wird der Austausch von PCs, die nicht WIN11 kompatibel sind, kosten im Bereich des Landkreises?

Im Folgeschritt, wenn die Verwaltung diese Informationen bereit gestellt hat, Vorbereitung weiterer Entscheidungsvorlagen, u.a.:
a) Installation der kostenlosen open-Source Bürosoftware Libre Office auf allen PCs (zusätzlich zu Microsoft Office).
b) Festlegung der Schritte zum Wechsel des Betriebssystems aller PCs von Microsoft Windows auf eine freie und kostenlose Linux-Distribution.

c) Festlegung der Schritte zum Wechsel aller Anwendungssoftware auf PCs auf Libre Office (kostenlos), GIMP (Bildbearbeitung, kostenlos), PDF-Arranger (unentgeltlich) und weitere. In Sonderfällen Installation eines virtuellen Clients VirtualBox (unentgeltlich) mit WIN10 (kostenlose Weiternutzung

der jeweiligen bisherigen WIN Lizenz).
d) Ersatz aller Software, die zum Betrieb kommerzielle Lizenzen benötigt zB aufgrund von Java-Erweiterungen u.a. der Firma Oracle.

Referenzen:

Stadtverwaltung München, neuester Stand: „München, die Landeshauptstadt des Freistaats Bayern, hat im Rahmen eines neuen Koalitionsvertrages eine wegweisende Entscheidung für die digitale Zukunft der Stadtverwaltung getroffen. Die regierende Koalition unterzeichnete am **13. Mai 2026** ein Abkommen, das **Open Source Software zum Standard für die gesamte kommunale Softwarebeschaffung** erhebt." und „Ein zentraler Pfeiler der neuen IT-Strategie ist das international anerkannte Prinzip Public Money, Public Code. Dieses besagt, dass Software, die mit Steuergeldern finanziert wird, der Öffentlichkeit auch als Quellcode zur Verfügung stehen muss. Die Stadtverwaltung argumentiert, dass dies nicht nur die Transparenz erhöhe, sondern auch die Innovationskraft fördere, da andere Kommunen und öffentliche Einrichtungen von den Entwicklungen Münchens profitieren können. Durch die Veröffentlichung des Codes wird zudem die Sicherheit erhöht, da Sicherheitslücken durch eine breite Fachöffentlichkeit schneller identifiziert und behoben werden können." Quelle: https://www.it-daily.net/shortnews/open-source-muenchen-microsoft

Bayerische Landesregierung, neuester Stand:

Bayerns Digitalministerium geht den nächsten Schritt in Richtung digitale Souveränität. Vor dem Hintergrund des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) zur föderalen Modernisierungsagenda kündigt Bayerns Digitalminister Fabian Mehring einen „souveränen Arbeitsplatz" im Bayerischen Digitalministerium an. Die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern haben gemeinsam beschlossen, dass bis spätestens **31. März 2027** digital souveräne Alternativen zu proprietärer Arbeitsplatzsoftware zur Verfügung stehen sollen. Bayerns Digitalminister will diesen Auftrag konsequent umsetzen.

Quelle: https://www.stmd.bayern.de/digitalministerium-startet-projekt-fuer-digitale-souveraenitaet-minister-dr-mehring-will-souveraenen-arbeitsplatz/?seite=35680

Land Schleswig Holstein, neuester Stand: „ Der moderne Verwaltungsarbeitsplatz - Für mehr Open Source wurde das Programm "Digital Souveräner Arbeitsplatz" entwickelt, Letzte Aktualisierung: **16.05.2025**:



Quelle: https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/digitalisierung/linux-plus1/Projekt/verwaltungsarbeitsplatz

Frankreichs Regierung, neuester Stand vom 8.4.26: „Frankreich will sich schneller von außereuropäischen IT-Anbietern lösen. Auf einem inter-ministeriellen Seminar am **8. April 2026** legte die Digitalbehörde DINUM gemeinsam mit weiteren Regierungsstellen konkrete Maßnahmen und Zeitpläne fest. Der Staat soll seine digitale Souveränität über alle Ressorts hinweg stärken – zusammen mit Behörden und Industrie. Die Initiative knüpft an eine seit Jahren laufende französische und europäische Debatte an. Frankreich sieht zunehmend ein strategisches, politisches und wirt-schaftliches Risiko darin, dass zentrale IT-Systeme der Verwaltung – Be-triebssysteme, Cloud-Dienste, Kollaborationswerkzeuge – von nicht-euro-päischen Anbietern abhängen. Wechsel zu Linux…
Quelle: https://www.heise.de/news/Frankreichs-Plan-Weg-von-Windows-hin-zu-Linux-11251566.html

Weitere Quellen zu Frankreich mit detailierten Hintergrund Informationen:

https://linux-bibel.at/index.php/2026/04/11/frankreich-treibt-umstieg-von-windows-auf-linux-in-der-verwaltung-voran/

https://www.egovernment.de/cest-fini-microsoft-frankreich-stellt-auf-open-source-um-a-90369540ee674bf55f4f26899283b736/

„Digitale Souveränität: Frankreich wirft Windows raus“: https://www.linux-magazin.de/news/digitale-souveraenitaet-frankreich-wirft-windows-raus/

Begründung der Dringlichkeit:

Microsoft übt auf Anwender*innen und Administrato*innen einen hohen Druck auf, den Wechsel zu Windows und einem neuen PC schnell zu vollziehen mit der Entscheidung, für Windows 10 keine Sicherheitsupdates mehr bereit zu stellen. Insofern ist eine schnelle Entscheidung nötig, diesen Druck zu umgehen und in der Folge gewaltige Kosten und hohe Risiken der Verletzung von einschlägigen Datenschutzgesetzen zu vermeiden.

Begründung des Antrags:

1. Regelmäßige Kostenvermeidung, weil keine Softwarelizenz Kosten mehr anfallen und weil die Lebensdauer der PC Hardware sich durch eine freie Linux-Distribution gegenüber Microsoft Windows merklich erhöht.

2. Jeder PC mit Microsoft Windows sendet laufend Daten an die Firma Microsoft in den USA, wo die Datenschutzrichtlinien nicht den europäischen Standards entsprechen. Eine einfache Protokollierung des Verhaltens von Windows PCs zeigt den jeweils vielfachen Datenabfluss auf unter anderem diese Server in den USA:

Beispielhaft eine Liste von USA-Servern, die ein WINDOWS 10 PC versucht laufend zu kontaktieren, die hier ausnahmsweise mit einem lokalen DNS-Server gesperrt wurden, ohne dass die Arbeit mit dem PC (mit Office-Paket auf WIN10) eingeschränkt ist, also für Endnutzer idR völlig nutzlos ist:

- `v10\.events\.data\.microsoft\.com`
- `mobile\.events\.data\.microsoft\.com`
- `array614\.prod\.do\.dsp\.mp\.microsoft\.com`
- `client.wns.windows.com`
- `assets.msn.com`
- `outlook.office365.com`
- `login.microsoftonline.com`
- `settings-win.data.microsoft.com`
- `nav.smartscreen.microsoft.com`
- `www.bing.com`
- `mrodevicemgr.officeapps.live.com`
- `config.edge.skype.com`
- `login\.live\.com`

- disc601.prod.do.dsp.mp.microsoft.com
- geover.prod.do.dsp.mp.microsoft.com
- tsfe.trafficshaping.dsp.mp.microsoft.com
- geo.prod.do.dsp.mp.microsoft.com
- fd.api.iris.microsoft.com
- ow1.res.office365.com
- activity.windows.com
- repo.skype.com
- geolocation.onetrust.com
- browser.events.data.msn.com
- api.msn.com
- …

Quelle: Open-Source Software „Pi-hole“ installiert auf einem Mikro-Server stellt ein privates DNS bereit, mit dem unnütze oder gefährliche Serverzugriffe per Mausklick gesperrt werden können.

3. Die Benutzung von Microsoft Software Produkten widerspricht der Einhaltung der DSGVO (Datenschutzgrundverordnung). Schon 2015 hatte der EUGH das „Safe-Harbour-Gesetz“ der EU-Kommission aufgrund der Klage von M.Schrems für ungültig erklärt. Neu und gemäß Schrems II Urteil der EUGH. „Der EuGH hatte durch das Schrems II Urteil (C-311/18 „Schrems II“) für das neue EU-US Data Privacy Framework klargestellt, dass personenbezogene Daten nur in Drittländer übermittelt werden dürfen, wenn in diesem Drittland ein im Wesentlichen gleichwertiger Schutz gewährleistet ist wie in der EU. Für die USA hatte der EuGH ein solches angemessenes Schutzniveau verneint. Da der EuGH den Angemessenheitsbeschluss zum damaligen Privacy Shield mit sofortiger Wirkung für unwirksam erklärt hatte, konnten auf dieser Grundlage keine Datenübermittlungen mehr an die USA erfolgen.“

Quellen:

https://www.lhr-law.de/magazin/datenschutzrecht/schrems-ii-urteil-eugh-erklaert-eu-us-privacy-shield-fuer-ungueltig/

https://www.bfdi.bund.de/DE/Fachthemen/Inhalte/Europa-Internationales/Auswirkungen-Schrems-II-Urteil.html

6. Um Microsoft Windows und Anwendungsprogramme wie z.B. Office 365 überhaupt nutzen zu können, ist eine individuelle Registrierung bei Microsoft zwingend erforderlich. Das ist nutzerunfreunlich, weil man dadurch persönliche Daten an großes Unternehmen abgeben muss. Hier-

durch werden private Daten nach USA übermittelt, das schließt sogar den geheimen Schlüssel der Bit-Locker Verschlüsselung mit ein, wodurch US-Dienste jederzeit selbst verschlüsselte Festplatten lesen können.

Quelle: https://www.heise.de/news/Microsoft-gibt-BitLocker-Schluessel-an-Strafverfolgungsbehoerden-11152988.html

7. Dagegen erfordern freie Linux-Distributionen auf einem PC bei der Installation keinerlei Aktivierung mit einer Nutzerregistrierung und sind daher dauerhaft völlig anonym und wesentlich Datenschutz-freundlicher und selbstverständlich kostenlos. Dasselbe gilt für die Software Anwendungen.

8. In den frühen 1990er Jahren hat die Firma Sun Microsystem Inc. („Pizzabox-Workstation“) die Programmiersprache Java entwickelt und kostenlos Entwicklungswerkzeuge bereit gestellt. Inzwischen (ab 2014) wurde Java von der Firma Oracle übernommen, die Benutzung der Entwicklungswerkzeuge und deren Updates ist seit März 2022 kostenpflichtig. (Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Java-Technologie) Die Linux Standard Base Arbeitsgruppe lehnt dieses Lizenzmodell ab. Die Firma Oracle Inc. hingegen räumt sich selber in Lizenzverträgen mit Firmen und Behörden das Recht ein, alle PCs bei Firmen und Behörden durchsuchen zu dürfen auf unlizenzierte Software und Updates und im positiven Fall eines PCs muss die betroffene Firma oder Behörde Lizenzen für alle PCs nachkaufen (Quelle: IT-Spezialist einer nordbayerischen Stadt): sozusagen ein Trojanisches Pferd. Diese unfaire Geschäftspraxis ist ein weiterer wichtiger Grund für zB Behörden in München, Schleswig Holstein, Frankreich und einer wachsenden Zahl von Firmen, komplett auf Linux und open-source umzusteigen.

9. Linux erhält kontinuierlich Sicherheitsupdates, die zentral und einfach per Mausklick installiert werden können. Die Aktualisierung läuft im Hintergrund ab, meist ohne Neustart oder spürbare Unterbrechung der Arbeit. Selbst 10 Jahre alte PCs werden so etwa wöchentlich kostenlos mit Sicherheitsupdates versorgt.

Bisherige in der Verwaltung benutzte Webserver-basierten Lösungen funktionieren weiterhin ohne Änderung, weil fast alle Web-Browser auch unter Linux einwandfrei und vollumfänglich funktionieren.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Kuth
(Kreisrat)

An der Erstellung dieses Vorschlags haben mitgewirkt:

Aaron Longariva und weitere